

Das Aktionsbündnis Südbaden JA ZUM AUSSTIEG



lädt ein zur Informationsveranstaltung

„Volksabstimmung über Stuttgart 21“

am Dienstag, 8. November 2011, um 19.30 Uhr
in das Hotel Bauer in Müllheim am Bahnhof.



zu Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie!

Hannes Linck

Verkehrsclub Deutschland (VCD) e.V., referiert zum Thema:

Rheintalbahn statt Stuttgart 21

und

Ulrich Glaubitz

Mehr Demokratie e.V., informiert über

Volksabstimmung und Spielregeln direkter Demokratie in Baden-Württemberg.

Kontakt:

Hannes Linck, VCD, ÖKOPUNKT, Salzstraße 1, 79098 Freiburg, Tel. 0761-4004335, hlinck@ngi.de
Dora Pfeifer-Suger, B90/Die Grünen, Britzinger Weg 24, 79379 Müllheim, 07631-173657 dora.pfeifer-suger@web.de

Volksabstimmung am 27. November 2011 über Stuttgart 21

Der 27. November 2011 wird ein historisches Datum für Baden-Württemberg. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Bundeslandes ist die Bevölkerung aufgerufen, direkt über ein Großprojekt zu entscheiden.

Es geht um den Hauptbahnhof in Stuttgart. Der gut funktionierende Bahnhof soll zu einem unterirdischen Prestigeobjekt umgebaut werden. Die Kosten steigen ins Uferlose. Seriöse Kostenprognosen liegen inzwischen bereits bei über 5,5 Mrd. Euro. Ein Ende der Fahnenstange ist aber noch lange nicht abzusehen. Mit knapp einer Milliarde Euro ist das Land Baden-Württemberg an der Finanzierung beteiligt.

In Frage gestellt wird von vielen Fachleuten auch die Funktionalität des geplanten Bahnhofs. Vor allem für den Nahverkehr werden Engpässe befürchtet.

Wird dieses Mammutprojekt gebaut, werden viele andere wichtige Verkehrsprojekte im Land auf der Strecke bleiben. Vor allem der Ausbau der Rheintalbahn droht in weite Ferne zurück. Die zwei vorhandenen Gleise sind bereits jetzt überlastet. Auch hier droht der Nahverkehr unter dem Engpass zu leiden.

Seit 1987 läuft der Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel. Bis heute sind gerade einmal 44 von 180 km fertig gestellt. Auch für die nächsten Jahre sind viel zu wenig finanzielle Mittel dafür eingeplant. Gerade einmal 80 Millionen Euro pro Jahr wurden bisher aufgewendet. Notwendig wären mindestens 500 Millionen, soll das Projekt nicht erst nach 2050 fertig werden. Und die Menschen an der Strecke so lange unter starkem Bahnlärm leiden.

Am 27. November sind die Baden-Württemberger aufgerufen, darüber abzustimmen, ob das Land aus der Finanzierung dieses Milliardenprojektes aussteigen soll.